



Verfahren: Jean-Pierre Rosat, CEO von Aporis, entwickelt mit seinem Unternehmen Verfahren zur Herstellung von Proteinen.



Laufband: Gary Colombo von Hocoma entwickelte ein Gerät zur Laufbandtherapie für gehbehinderte Patienten.

Handelszeitung 23.3.05



Klippspiegel: Contraves Space AG liefert Schlüsselkomponenten für die Kommunikation zwischen Satelliten.



«Zugang zu Wissen ist für KMU ungenügend»

CHARLES KLEIBER Der Direktor des Staatssekretariats für Bildung und Forschung sagt, warum die Schweiz weniger innovativ ist als Finnland.

INTERVIEW: PASCAL IHLE

Herr Kleiber, in Politik und Wirtschaft wird dauernd über Innovation gesprochen. Ist Ihrer Meinung nach die Schweiz innovativ genug?
Charles Kleiber: Nein.

Warum?
Kleiber: Dazu gibt es verschiedene Gründe. Erstens ist die Arbeitsproduktivität in der Schweiz zu gering. Sie ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für Innovation. Zweitens wirken sich die tiefen Wachstums-

«Investitionen in die Forschung werden zurückgeschraubt.»

raten der Wirtschaft negativ auf den Innovationsprozess aus, weil nötige Investitionen in Bildung, Entwicklung und Forschung zurückgeschraubt werden. Und schliesslich ist die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, die Wissen generieren, und der Industrie, namentlich den kleinen und mittleren Unternehmen, nicht optimal.

Was läuft schief am Wissens- und Innovationstransfer?
Kleiber: Es ist wirklich paradox: Die Schweiz generiert hervorragende wissenschaftliche Resultate und verfügt über eine ausgezeichnete

«Überall schwingt Finnland obenaus. Das ist wunderbar!»

Infrastruktur für die Industrie. Das wird uns von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, regelmässig attestiert. Diese Konstellation müsste zwangsläufig zu Innovationen führen – tut es aber nicht.

Wo liegt das Problem?
Kleiber: 88% der Schweizer Firmen sind Mikrounternehmen. Das heisst, sie beschäftigen weniger als zehn Angestellte. Für sie wird es immer schwieriger, all die verschiedenen Anforderungen – Strategie, Marketing, Innovation, Synergien, Profitabilität, Wachstum – unter einen Hut zu bringen. Der Zugang zu neuem Wissen ist in der Schweiz offensichtlich nicht optimal.

Wieso ist die Schweiz an diesem Punkt angelangt? Hat sie zu lange talentlos zugehört?
Kleiber: Das ist schwierig zu sagen. Lange Zeit war das Wachstum der

Schweiz vergleichbar mit demjenigen der EU. Dann haben einzelne Länder, vor allem die skandinavischen, auf eine zielgerichtete Strategie gesetzt: Auf den Wandel hin zur Informations- und Wissensgesellschaft. Nehmen wir Finnland als Beispiel. Ein Land, das in der Vergangenheit von einem ruralen Umfeld, von Schnee, Winter und Wäldern geprägt war, investierte in die Zukunft, in die Wissenschaft und die Technologie. Und die verschiedenen OECD-Studien geben dieser Strategie Recht: Überall schwingt Finnland obenaus. Das ist wunderbar! In der Schweiz können wir von einer solch zielgerichteten Strategie nur träumen.

Muss Finnland für die Schweiz ein Vorbild sein?
Kleiber: Wir können zu einer Wissensgesellschaft werden, und wir haben keine Angst davor, was die Zustimmung des Volkes zur embryonalen Stammzellen-Forschung zeigt. Falls wir weiter in die Forschung investieren, können wir weltweit in der Spitzengruppe bleiben. Falls nicht, dann ist der Rückschritt der Schweiz programmiert.

Der IBM-Research-Forscher Krishna Nathan hält fest, dass die Innovation zur strategischen Priorität Nummer eins werden muss. Hat dies die Schweiz schon realisiert?
Kleiber: Wir sind uns vielleicht noch zu wenig bewusst, dass neues Wissen und neue Forschungsergebnisse zu 60% für Wachstum verantwortlich sind. Die Entwicklung unserer Wirtschaft basiert auf neuem und erneuertem Wissen. Wir wissen beispielsweise, dass 40% der Unternehmen, die für das Wachstum der Schweiz in 15 Jahren verantwortlich sein werden, noch gar nicht existieren. Sie können sich aber nur dann entwickeln, wenn man ihnen die nötige Nahrung, sprich Forschungsmöglichkeiten, zur Verfügung stellt.

Wie kann man diese Nahrung liefern?
Kleiber: Das Parlament hat erkannt, dass gerade im Transferbereich etwas getan werden muss. Es hat 16 Mio Fr. bewilligt, um die Transferstellen zwischen Hochschulen und Wirtschaft besser miteinander zu vernetzen, die gemeinsamen Anstrengungen stärker zu bündeln und zu konzentrieren. Aus den bisher sieben Stellen sollen drei oder vier werden.

Welche Aufgaben haben die Transferstellen?
Kleiber: Erstens müssen sie helfen, dass neue Firmen gegründet werden. Zweitens sollen sie bestehende KMU unterstützen, indem sie sie

auf neue Forschungsergebnisse, neues Wissen aufmerksam machen. Es geht wirklich darum, die Partnerschaft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken.

Eine solche Initiative war schon einmal geplant ...
Kleiber: ... ja, aber das Projekt, das Schweizerische Netzwerk für Innovation, ist gestorben.

Warum?
Kleiber: Weil es sich in erster Linie um eine weitere Behörde handelte.

Was soll jetzt anders werden?
Kleiber: Wir haben eine direkte Verbindung zu den Hochschulen. Beim ersten Projekt waren 30 Personen beteiligt, die sich nie im Netzwerk integriert fühlten. Jetzt korrigieren wir die Fehler und werden die Hochschulen direkt in die Verantwortung mit einbeziehen.

Wie reagieren die Hochschulen?
Kleiber: Zunächst gab es gewisse Kritik. Die Universitäten plädierten vor der politischen Debatte für die Beibehaltung des Giesskannenprinzips, danach machte sich aber die Erkenntnis breit, dass die vorgeschlagene Konzentration der richtigen Weg ist. In Lausanne beispielsweise gibt es drei Transferbüros. Das macht doch keinen Sinn.

Wie reagiert die Wirtschaft?
Kleiber: Wir stehen erst am Anfang. Wir haben drei Jahre Zeit, um die Strategie umzusetzen und zu sehen, wie viele neue Firmen und Arbeitsplätze dank unserer Initiative geschaffen wurden.

In der Politik hat man nicht das Gefühl, dass es eine kohärente Hochschul- und Innovationspolitik gibt.
Kleiber: Wir befinden uns gegenwärtig in einem Prozess der Neuordnung der Hochschullandschaft. Er soll 2008 beendet sein. Wir wollen und müssen mit unserer Strategie zeigen, dass neue Firmen und Arbeitsplätze entstehen können und wie zentral Innovation ist. Erst dann haben wir gewonnen.

Was sind die weiteren Schritte?
Kleiber: Wir wollen das Forschungsgesetz ändern. Es soll künftig ein Forschungs- und Innovationsgesetz sein. Die Innovation wird stärker gewichtet.

Soll auch mehr Geld fliessen?
Kleiber: Die wesentlichen Motoren für Innovation in der Schweiz, die beiden ETH in Zürich und in Lausanne, haben in den 1990er Jahren keine zusätzlichen Gelder erhalten. Ihre Mittel stagnierten. Für die Jahre 2004 bis 2007 wäre vorgesehen gewesen, die ETH-Mittel um 4%

aufzustocken. Nun sind im Rahmen des Entlastungsprogramms des Bundes 2% daraus geworden. Aber dennoch, die Politik ist sich bewusst, dass Wissen der zentrale Produktions- und Innovationsfaktor ist. Im Gegensatz zu anderen Politikbereichen verzeichnen wir ein Budget-Wachstum.

Die Schweizer Industrieriesen haben eigene Forschungsabteilungen. Wie sieht hier die Zusammenarbeit mit den Hochschulen aus?
Kleiber: Im angelsächsischen Raum ist folgender Wandel zu beobachten: Die grossen Firmen gelangen vermehrt mit konkreten Problemen an die Universität, anstatt dass sie Gelder in ihre eigenen wissenschaftlichen Labors investieren. Das hat auch damit zu tun, dass die Grenzen zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen zusehends verschwinden, beispielsweise zwischen der Informationstech-

«Hochschulen forschen vermehrt interdisziplinär.»

nologie und der Mikroelektronik und die Hochschulen forschen j länger, je mehr interdisziplinär.

Wird dieses Modell in der Schweiz Einzug halten?
Kleiber: Ich gehe davon aus. Erst Beispiele zwischen Novartis und der ETH gibt es bereits.

Fürchten sich die Wissenschaftler nicht davor, ihre Unabhängigkeit aufzugeben?
Kleiber: Diese Angst existierte ein bei den Forschern. Sie waren in erster Linie an den wissenschaftliche

«Wissenschaftliches Potenzial ist in der Schweiz vorhanden.»

Ideen, an der Grundlagenforschung interessiert und weniger konkreten Problemen aus der Industrie. Diese Einstellung hat mittlerweile geändert.

Wie bewerten Sie das Innovationspotenzial der Schweizer Hochschulen?
Kleiber: In den wichtigen Bereichen Life Science und Nanotechnologie ist die Schweiz weltweit top. Ein wissenschaftliches Potenzial ist vorhanden. Es hapert, wie gesagt, der Umsetzung.

Der Brückenbauer

Steckbrief

Name: Charles Kleiber
Funktion: Direktor des Staatssekretariats Wissenschaft und Forschung
Alter: 62
Wohnort: Lausanne
Familie: Verheiratet, 2 Kinder
Ausbildung: Architekturstudium an der ETH Lausanne

Karriere

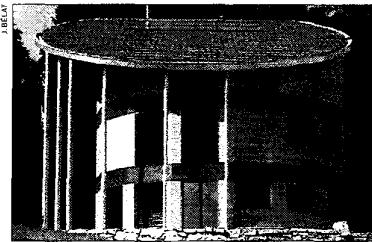
1968–1981 Architekt
1981–1990 Leiter Gesundheitsplanung Kanton Waadt
1990–1997 Generaldirektor Universitätsspitaler Lausanne
1997–2004 Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung
seit 2005 Direktor Staatssekretariat

Fachbehörde

Das Staatssekretariat für Wissenschaft und Forschung im Eidgenössischen Departement des Innern ist die Fachbehörde für national und international ausgerichtete Fragen der allgemeinen und universitären Bildung, der wissenschaftlichen und angewandten Forschung sowie der Raumfahrt. Das Staatssekretariat besorgt unter anderem die Anerkennungen der Maturitäten, finanziert den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, betreut die internationalen akademischen Beziehungen und ist die Schnittstelle des Bundes zur ETH. Darüber hinaus koordiniert das Staatssekretariat die schweizerische Weltraumpolitik.



Mikroskop: Etienne Cuche (l.) und Yves Emery (r.) von Lyncée Tec mit ihrer Erfindung, für die sie prämiert wurden.



Fenster: Die A.+E. Wenger AG bietet eine Alternative zu Kunststofffenstern, die sich auch wirtschaftlich rechnet.



Chip: Sensiron macht System in Streichholz-kopf-Format, die zum Beispiel Durchflüsse von Flüssigkeiten bis Nanoliter messen

Wo sich zwei Welten begegnen

TECHNOLOGIEPARKS Sie wollen nicht nur Brutkästen für Jungunternehmen sein, sondern auch ein Ort, wo Hochschulen und Wirtschaft Wissen austauschen. Auf einige Parks trifft das zu.

MARKUS STÄDELI

Soeben ist der «ZKB Pionierpreis Technopark» 2005 vergeben worden. Der Preis ist inzwischen zu einer Institution geworden. Er steht auch für den bemerkenswerten Erfolg des Technoparks Zürich als Brutkästen für Jungunternehmen. Doch die Technologieparks wollen mehr sein: Für Paul W. Gilgen, Präsident von SwissParks.ch, einem Verein, der die Interessen von 16 Technologieparks und Gründerzentren vertritt, ist klar: «Ein Technologiezentrum bietet weit mehr als bloss eine Immobilie mit Infrastruktur für Jungunternehmen.» Es handle sich um eine Begegnungszone zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft, insbesondere den Jungunternehmen.

«Ein KMU hat weniger Schwellenangst, in ein Technologiezentrum zu gehen, wo es ähnliche Unternehmen gibt, als auf den Hängberg mit der hohen Wissenschaft der ETH», sagt Gilgen. «Bei uns essen die Dozenten der Zürcher Hochschule Winterthur am Mittag zusammen mit Unternehmern», bestätigt René Hausmann, Leiter des Technoparks Winterthur, diese Niederschwelligkeit für den Technologietransfer zwischen Hochschulen und der Wirtschaft.

SwissParks.ch werde sich auch an den Wissens- und Technologietransfer-Konsortien beteiligen, wie sie das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie vorsieht, sagt Gilgen. Der Bund will in Zukunft vier bis fünf Zusammenschlüsse aus

Universitäten/Hochschulen, Fachhochschulen und der Wirtschaft finanziell unterstützen – in der Hoffnung, damit den Technologietransfer verbessern zu können.

Fruchtbare Zusammenarbeit

Doch braucht es neben den Transferstellen der Hochschulen noch die Hilfe von Technologieparks, um das wissenschaftliche Know-how in die Wirtschaft zu tragen? Die Antworten haben viele Hochschulen gleich selbst gegeben: Der Erfolg des Technoparks Zürich und des Parc Scien-

tifique in Lausanne wäre ohne die starke Zusammenarbeit mit den beiden ETH bzw. der Universität Lausanne undenkbar. Peter Frischknecht, Leiter des Technologiezentrums für die Euregio Bodensee St. Gallen (tebo), steht sogar auf der Lohnliste der Materialprüfungs- und Forschungsanstalt der ETH. Im tebo stark vertreten ist zudem die Fachhochschule St.Gallen.

Der Leiter des Technoparks Winterthur ist gleichzeitig auch Leiter der Transferstelle der Zürcher Hochschule Winterthur. Wie gut

sich die punkto Grösse und Ausrichtung sehr unterschiedlichen Technologieparks im Know-how-Transfer von der Hochschule in die Wirtschaft bewähren, hängt aber auch von der Verwurzelung in der lokalen Wirtschaft ab.

Kontakt zu lokalen Firmen

«Wir besitzen die Adresssätze aller produzierenden Unternehmen in Bern nach den einzelnen Branchen und somit einen sehr direkten Zugang. Eine ähnliche Adressbasis erhoffen wir uns auch in den anderen

Kantonen», sagt Peter Biedermann, Leiter von innoBE, der zentralen Anlaufstelle für Innovation und Technologie im Kanton Bern. Denn oft hätten die lokalen Firmen Bedürfnisse, die besser von Hochschulen und Unternehmenspartnern anderer Regionen abgedeckt werden könnten. Biedermann wünscht sich denn auch von den Technologieparks, dass diese nicht nur ihre Mieter vertreten, sondern sich noch besser mit der regionalen Wirtschaft vernetzen und so zum Knotenpunkt ihrer Region werden.



Das Beispiel macht Schule: Der Technopark Zürich (Bild) vergibt Lizenzen an die Technoparks in Luzern und Winterthur und an den Tecpolo Ticino.

Alltagssorgen trüben den Weitblick

KMU Für den Austausch mit der Wissenschaft fehlen kleineren und mittleren Unternehmen oft Zeit und Geld. Sie laufen Gefahr, den technologischen Anschluss zu verpassen. Auch die Hochschulen selber sind oft keine Hilfe.

CHRISTIAN HUGGENBERG

«Wir sind gebrannte Kinder», sagt Heinz Hinzen, Leiter und Co-Inhaber der Wyler AG. Was die Zusammenarbeit mit Hochschulen betreffe, habe man einschlägige Erfahrungen gesammelt. Die Winterthurer Firma ist spezialisiert auf hochpräzise Messgeräte, wovon ein Grossteil in den Export geht. Technologisch auf dem neusten Stand zu sein, ist deshalb überlebenswichtig für die Firma, die mit 40 Angestellten jährlich rund 6 Mio Fr. Umsatz erwirtschaftet. Hinzen hält wenig von der Zusammenarbeit mit Hochschulen.

Hohes finanzielles Risiko

Der Aufwand für ein kleines Unternehmen wie die Wyler AG sei enorm. Erst einmal müsste das richtige technische Institut gefunden werden. Erfolgsgarantien gebe

es keine, obwohl der finanzielle Aufwand für ein mittelständisches Unternehmen gross sei. Zudem lasse sich das generierte Wissen schlecht schützen, obwohl die Kosten zulasten der Firma gehen. Das kleine Hightech-Unternehmen hat zweimal versucht, Entwicklungsprojekte über die Hochschulen zu realisieren. Das erste Mal Anfang der 90er Jahre mit dem Technikum in Neuenburg (CSEM).

Zusammen mit seinem Partner hatte Hinzen damals gerade die Firma Wyler übernommen. Für die Jungunternehmer ein schwieriger Zeitpunkt, mit den ohnehin knappen finanziellen Ressourcen war wohlüberlegt umzugehen. «Gleichzeitig explodierten die Kosten für das Forschungsprojekt», erinnert sich Hinzen, der die teure Übung schliesslich abbrechen musste, als sich abzeichnete, dass die benötigten Spezifikationen nicht erreicht

wurden. Auch der zweite Versuch mit der technischen Fachhochschule in Mainz schlug fehl. 200'000 Euro habe Wyler investiert, um einen Sensor zu entwickeln. Nachdem die Resultate auch hier eher dürftig blieben, entschloss sich Hinzen, den Kontakt mit den Hochschulen nicht mehr zu suchen. Die unternehmerische Unabhängigkeit auch im Sinne der Forschung sei ihm wichtiger, meint er. Die Wyler AG, die pro Jahr 10% ihres Umsatzes in die Entwicklung steckt, setzt lieber auf die Zusammenarbeit mit Zulieferern und die Kooperation mit Partnerfirmen.

Kritik auch von Verbandsseite

«Die Winterthurer sind bei weitem kein Einzelfall», sagt Peter Stössel, zuständiger Projektleiter für Innovation beim Branchenverband für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem), dem

auch die Wyler AG angeschlossen ist. Diese Kluft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat fatale Folgen. Vor allem die kleineren Betriebe – zu denen in der Schweiz fast 90% der Firmen zählen – laufen immer häufiger Gefahr, den technologischen Anschluss zu verpassen. In diesem Sinne ist die Wyler AG ein positives Beispiel, weil sie es offenbar noch immer vermag, den hohen Entwicklungsaufwand aus der eigenen Tasche zu finanzieren.

In vielen Firmen sei dies heute nicht mehr der Fall, so Stössel. Er erklärt dies damit, dass in den zurückliegenden mageren Jahren so manches Unternehmen seine Reserven aufgebraucht habe. Die Folgen: «Mit der Bewältigung der Alltagsprobleme vollauf beschäftigt, verliert man den strategischen Überblick. Aus der Not heraus schenkt man dem Wissen zu wenig Beachtung.»

Ratschläge für KMU

Innovative Kultur schaffen

Welche Voraussetzung muss ein Unternehmen erfüllen, damit es ein innovatives Umfeld schafft? Dieter Widmer, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter Risk Advisory Services bei KPMG Schweiz, beschäftigt sich mit dem Thema und führt als ersten Punkt die **Unternehmenskultur** an. Sie muss vom Willen geprägt sein, das Unternehmen kontinuierlich zu verbessern. Dazu zählen ein **entscheidungsfreudiges, risikobereites Management** sowie die **finanzielle Unabhängigkeit** des Unternehmens. Die betriebsinterne Kommunikation hat, so Widmer, offen und umfassend zu erfolgen. Die Mitarbeitenden sollen zu **eigenständigem Handeln** mit den entsprechenden Freiheiten animiert werden.

Schliesslich sollte ein Unternehmen (gerade auch KMU) eine Entwicklungsabteilung implementieren, die ein **Netzwerk zu den Hochschulen** sucht und bei Forschungsaufträgen mitmacht. Den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Industrie bezeichnet Widmer indes als ungenügend. Einerseits sei die Haltung der KMU gegenüber der Wissenschaft oft ablehnend. Andererseits verstehe es die Wissenschaft nicht immer, Themen KMU-gerecht aufzubereiten. Allgemein sind die Universitäten, ETH und Fachhochschulen laut Widmer nahe an der Industrie und **warten nur darauf, dass sich die KMU mit ihnen in Verbindung setzen**, um zukunftsgerichtete und innovative Projekte zu starten. (pi)

Den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Industrie bezeichnet Widmer indes als ungenügend. Einerseits sei die Haltung der KMU gegenüber der Wissenschaft oft ablehnend. Andererseits verstehe es die Wissenschaft nicht immer, Themen KMU-gerecht aufzubereiten. Allgemein sind die Universitäten, ETH und Fachhochschulen laut Widmer nahe an der Industrie und warten nur darauf, dass sich die KMU mit ihnen in Verbindung setzen, um zukunftsgerichtete und innovative Projekte zu starten. (pi)

Deshalb werden bei Swissmem jetzt unbedingt Begleitmassnahmen gefordert. Bei Swissmem ist man allerdings skeptisch, ob die Wissenschaft tatsächlich Hand zu Lösungen bieten wird: Anlässlich der letzten grossen Industriemesse «Prodex» in Basel hatte der Verband sämtliche Schweizer Hochschulinstitute angeschrieben, die im Fachgebiet Mechatronik tätig sind. Die Idee dahinter: Die technischen Hochschulen hätten ihr Wissen den 26'000 Messebesuchern – wohl vorwiegend Fachpublikum – an einem Gratisstand präsentieren können.

Hochschulen machen sich rar

Dazu Kurt Meier, Bereichsleiter für Werkzeugmaschinen Swissmem: «Den Firmen bleibt vielleicht zu wenig Zeit, sich an den Fachhochschulen weiterzubilden, eine Fachmesse zu besuchen ist dagegen eher möglich.» Nur, von den 30 angeschriebenen Hochschulinstituten kam keines, was bei Swissmem kommentiert wird: «Es ist der Job jedes Chefs oder Entwicklungsleiters, sich zu informieren. Es kann aber nicht seine Aufgabe sein, in den Tresoren der Wissenschaft zu suchen.»

Wissenstransfer und Praxis

Problem erkannt

Zusammen mit Swissmem lanciert die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) dieser Tage ein neues Projekt, das auf eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie ausgerichtet ist. Informationen hierzu findet man unter www.swissmem.ch. Auch Inspire sorgt dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst eins zu eins in der Industrie umgesetzt werden können. Sie geht auf eine private Initiative zurück und ist als Kompetenzzentrum der ETH Zürich angeschlossen.

Weitere Informationen unter: www.inspire.ethz.ch www.kti-cti.ch

Neues Wissen ist unerlässlich

Der Befund ist verheerend: Die Schweiz ist zu wenig innovativ. Charles Kleiber, Direktor des Staatssekretariats für Bildung und Forschung, gibt unumwunden zu: «Ja, wir haben eine Panne.» Dabei ist die Lage paradox: Die schweizerischen Hochschulen, allen voran die beiden ETH in Zürich und Lausanne, gehören weltweit zur Spitzenklasse. Zudem bietet der Standort Schweiz für die Industrie erstklassige Vorteile. Die Grossräume Zürich und Basel sowie der Arc lémanique verfügen über eine hervorragende Infrastruktur und locken mit einer nicht minder attraktiven Lebensqualität internationale Firmen an. Doch die schweizerische Wirtschaft kann davon nicht profitieren. Denn: Der Wis-

sens- und der Technologietransfer in der Schweiz stockt – und damit die für uns so überlebenswichtige Innovation.

Dieser Befund stimmt umso nachdenklicher, als die Schweiz auf Innovation angewiesen ist. Die In-

**Innovation hält den
Wirtschaftsmotor
in Schwung.**

novation hält nämlich den Wirtschaftsmotor in Schwung. Sie war es auch, die in den letzten 150 Jahren zum Wohlstand der Schweiz beigetragen hat. Ein kleines Land mit beschränkten Ressourcen muss dauernd neue Prozesse, Ideen und Dienstleistungen erfinden und kommerzialisieren, damit ein

Mehrwert geschaffen werden kann, der das Wirtschaftswachstum sichert.

Doch seit den frühen 90er Jahren ist das Gegenteil der Fall. Das Wirtschaftswachstum bleibt aus, die Wettbewerbsfähigkeit nimmt ab. Der Vorsprung der Schweiz gegenüber der Europäischen Union schmilzt dahin. Sie gibt, so macht es den Eindruck, ihre Vorteile allzu leichtsinnig, ja geradezu resigniert aus der Hand. Von einem gemeinsamen Willen, etwas daran zu verändern, neue Risiken einzugehen, ist derzeit wenig zu spüren. Man erhält vielmehr den Eindruck einer kollektiven Wohlstandsättigung, der die Innovation hemmt.

Die einzelnen Systeme, Politik, Wirtschaft und Hochschulen, die in jüngster Vergangenheit zu stark mit sich selber beschäftigt waren, dürfen den Befund des Innovationsnotstands nicht mehr länger

hinnehmen. Sie müssen handeln und über die Zukunft der Schweiz nachdenken. Will sie weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen, dann muss sie sich in eine Wissensgesellschaft wandeln – so wie das die skandinavischen Länder, allen voran Finnland, mit Erfolg vor demonstrieren. Nur so entstehen neue Produkte, Techniken und Ideen, die garantieren, dass die Schweiz für den harscher werdenden globalen Wettbewerb gerüstet ist. Industrienationen wie Schweden investieren ins Wissen.

Wichtig ist, dass die existierenden Berührungspunkte zwischen den Hochschulen, der Politik und den KMU abgebaut werden und die einzelnen Akteure offener, vorurteilsloser aufeinander zu gehen. Die Industrie muss ihre Bedürfnisse und Wünsche klarer artikulieren, muss mit konkreten Problemstellungen an die Hochschulen ge-

langen. Die Universitäten müssen sich noch stärker darum bemühen, ihre Forschungsergebnisse (und Akademiker) effizienter in die Wirtschaft einzuspeisen. Die Politik schliesslich muss sich endlich dazu durchringen, die Bedeutung von Innovation anzuerkennen und einzusehen, dass die zunehmende Regulierungsdichte die Innovation immer schwieriger macht.

Die Schweiz hat das Potenzial für Innovation. Dies beweist ein Blick in die Geschichte. Seit der Gründung des Bundesstaats haben Wirtschaft, Politik und Hochschulen stets ein Umfeld geschaffen, das Innovation ermöglichte und die Erfolgsgeschichte Schweiz mitprägte. Daran gilt es anzuknüpfen.



Pascal Ihle
ist Redaktor der
«Handelszeitung».

Auch Ihre Meinung ist gefragt:
meinung@handelszeitung.ch